

Das LI, die GEW und die Bundeswehrwerbung

Kritik am Umgang mit einer Veranstaltung, auf der es auch darum gehen sollte, Schüler_innen vom Eintritt in die Bundeswehr zu überzeugen

An den Friedensausschuss der GEW wurde im April das Ansinnen herangetragen, sich im Herbst 2020 an einer Veranstaltung der Bundeswehr in Kooperation mit der Fachabteilung PGW (Politik, Gesellschaft, Wirtschaft) unter dem Motto „Wir dienen Deutschland.“ vor 200 Schüler_innen zu beteiligen.

Die Einladung an die Friedensbewegung, an dieser Veranstaltung mitzuwirken, wird wie folgt begründet: Ziel der Veranstaltung soll es sein, „eine bewusste Entscheidung [der Schüler_innen] anzuregen, die mit dem Gedanken spielen, aus ideologischen und/oder finanziellen

Gründen sich für die BW zu entscheiden. „Da die Schüler_innen im Wesentlichen aus unterprivilegierten Stadtteilen Hamburgs kommen werden, sollen neben der Stimme des Jugendoffiziers im Sinne der Kritikfähigkeit auch Stimmen der Friedensbewegung oder von BoB [Bildung ohne Bundeswehr] gleichwertig zu Wort kommen.

Der Friedensausschuss der GEW lehnte es ab, sich als Feigenblatt auf dem Podium an einer Werbeveranstaltung der Bundeswehr unter dem Motto der Bundeswehrkampagne „Wir dienen Deutschland.“ zu beteiligen.

Wir boten alternativ an, eine eigene Veranstaltung für diese Schülergruppe mit dem LI durchzuführen. Dies könne im Format eines Workshops zum Thema „Bundeswehr und Frieden“ stattfinden.

Die Kampagne der Bundeswehr „Wir dienen Deutschland.“ wurde 2011 unter Verteidigungsminister De Mazière ins Leben gerufen und wird als eine der „wirksamsten“ Medienkampagnen der Bundeswehr angesehen. Sie soll Akzeptanz für den unter Jugendlichen ansonsten eher unbeliebten „Dienst an der Waffe“ schaffen.

Das lehnt die Friedensbe-

Quelle: Bundeswehr

KANNST DU IN 7 MONATEN FÜRS GANZE LEBEN LERNEN?

Mach, was wirklich zählt:
im Freiwilligen Wehrdienst

Jetzt informieren: mach.was.wirklich.zählt.de

Jetzt bewerben für 2016

Bundeswehr

Für jede Zielgruppe den richtigen Köder – Werbekampagne der Bundeswehr von 2017

wegung ab. Die GEW beteiligt sich seit einiger Zeit mit „Terres de hommes“ an der Kampagne, Werbung der Bundeswehr an Schulen, gerichtet an Minderjährige, sich bei der Bundeswehr freiwillig zu melden, zu verbieten.

Die Bundeswehr ist aus unserer Sicht keine normale Arbeitgeberin. Sie verschweigt die kontroversen Diskussionen über die Sinnhaftigkeit eines Dienstes an Waffen. Sie verschweigt die z.T. völkerrechtswidrigen Einsätze der Bundeswehr und die politisch-ökonomisch-geostategischen Hintergründe ihrer Auslandseinsätze. Wie brisant diese notwendige Diskussion ist, zeigt der Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler im Mai 2010, der aufgrund seiner Äußerungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr sein Amt aufgeben musste.

Warum erklärt sich das Li gerade in diesem Jahr bereit, unter Corona-Bedingungen eine Nachwuchs-Werbeveranstaltung in Kooperation mit der Bundeswehr vor 200 Schüler_innen aus prekären Stadtgebieten durchzuführen? In normalen Jahren ohne Corona-Ausnahmestatus hat die Bundeswehr um ihren Nachwuchs auf Jobmessen in einzelnen Schulen und in den Hamburger Messehallen geworben. BoB und DFG/VK (Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner) haben in der Regel außerhalb der Messen Material verteilt, mit Argumenten zur Ablehnung des Soldat_innenberufs. Da die Jobmessen in diesem Jahr wegen der Ansteckungsgefahr durch Corona nicht stattfinden, versucht die Bundeswehr, die jetzigen Jahrgänge der 9 und 10. Klassen als Nachwuchs mit dem Motto „Wir. Dienen.Deutschland.“ doch noch zu erreichen. Das Li ist behilflich dabei.

Daher bewerten wir als Mitglieder des GEW-Friedensausschusses diese Veranstaltung des



Foto: GEW-Friedensausschuss

Li als reine Image- und Nachwuchsveranstaltung.

Die Friedensbewegung bietet keine Jobs und keine Karriereberatung an, außer der Mahnung, sich einen friedliebenden, zivilen Beruf zu suchen. Die Friedensbewegung kann angesichts von Jobmangel bei der Karriereberatung der Bundeswehr kein Gegengewicht darstellen.

Übrigens scheut niemand aus der Friedensbewegung eine argumentative Auseinandersetzung mit der Bundeswehr in einem gleichberechtigten Rahmen an Schulen, z.B. unter der Fragestellung: „Hat die gegenseitige Abschreckung oder die Selbstabschreckung der Nuklearmächte bisher den Abwurf weiterer Atomwaffen nach Hiroshima und Nagasaki verhindert?“ Das wäre ein Austausch von Argumenten auf Augenhöhe zwischen der Friedensbewegung und den Jugendoffizieren der Bundeswehr, nicht mit ihren Berufsberatern.

Könnte die Bundeswehr ihren Einfluss neben Schulbuch-Verlagen, neben Unterrichtsmaterialien, neben Kultusbürokratien auch auf das Hamburger LI ausdehnen?

Es ist bekannt, dass einzelne Bundesländer Kooperationsverträge mit der Bundeswehr für ein ungehindertes Einwirken auf den Unterricht abgeschlossen haben. Erwähnt sei hier Baden-

Württemberg, das immerhin unter einer Grün-Roten Regierung als Gegengewicht zu der Beeinflussung der Schulen durch die Bundeswehr eine Servicestelle für „Friedensbildung“ in der baden-württembergischen Landeszentrale für Politische Bildung eingerichtet hat. Die Einrichtung einer solchen Servicestelle wäre vorbildlich auch für das LI oder für den Bildungsminister Rabe, statt sich in einer Imagekampagne „Wir.dienen.Deutschland.“ von der Bundeswehr einspannen zu lassen. Vielleicht könnte sich auch die GEW-Hamburg für eine solche Stelle stark machen?

Wir haben in einer Antwortmail ans LI unsere Ablehnung begründet und das Li gebeten, aus der Kooperation dieser Veranstaltung mit der Bundeswehr auszusteigen.

Wir verwiesen zudem darauf, dass diese Veranstaltung nicht mit Politikunterricht und dem Beutelsbacher Konsens zu rechtfertigen ist, da die geplante Veranstaltung mit der Bundeswehr nicht zu einem politischen Thema, sondern einseitig darauf ausgerichtet ist, minderjährige Schüler_innen im Alter von 16 bis 17 für den Soldat_innenberuf zu interessieren.

Die Fachabteilung PGW des LI hatte kein Interesse an der Fortsetzung der Auseinandersetzung mit uns und stellte den Dialog ein.

Darauffin brachten wir einen Antrag in den Geschäftsführenden Vorstand der GEW (GA) im Juni ein, mit dem Inhalt, einen offenen Brief an Senator Rabe zu schreiben.

Der Senator für Schule und Berufsbildung sollte aufgefordert werden, Stellung zu beziehen, ob er eine direkte Kooperation zwischen LI und Bundeswehr billigt. Dürfen das LI und die Bundeswehr in Schulen offen für eine Jobkarriere im Militär werben? Unsere Forderung gipfelte darin, solche Veranstaltungen nicht in Schulen zuzulassen. Schließlich schlugen wir vor, ähnlich wie in Baden-Württemberg, eine Servicestelle „Friedensbildung“ einzurichten (beim LI oder bei der Landeszentrale für Politische Bildung).

Der GA lehnte den offenen Brief an Senator Rabe ab und erklärte in seinem Beschluss laut Protokoll, dass es sich bei der Veranstaltung von LI und Bundeswehr „um eine kontroverse Diskussionsveranstaltung han-

delt und nicht um eine Werbeveranstaltung.“

Ein Vorschlag, den Antrag auf dem Landesvorstand, dem voraussichtlich größeren Gremium der GEW im September zu diskutieren, wurde ebenfalls abgelehnt.

Der GA und die Mitglieder des Friedensausschusses wurden vor vollendete Tatsachen gestellt, dass die Veranstaltung mit einem anderen Referenten der GEW stattfinden soll.

In vielen Fragen teilt die GEW die Positionen der Friedensbewegung und beteiligt sich an ihren Aktionen – hier offensichtlich nicht.

Schade – der Friedensausschuss steht nun in dieser Frage allein da. Oder wie sehen andere Gremien bzw. Mitglieder der GEW das Problem: Beteiligung an Bundeswehrveranstaltungen dieser Art als GEW, als LI oder nicht? Schickt eure Sicht mailisch an die GEW, an den Fachvertreter PGW im LI.

Übrigens fällt uns gerade ein

„offener Brief“ einer Initiative gegen Bundeswehr-Werbung zum Ökumenischen Kirchentag 2021 in die Hände (friedens-theologisches Institut.jimdo.free.com). Über 200 Initiativen aus der Kirche und der Friedensbewegung haben ihn unterschrieben. Der „offene Brief“ lautet: „Die Kirchen sollten ein Zeichen setzen für Frieden und Abrüstung, indem sie auf dem Ökumenischen Kirchentag 2021 in Frankfurt keine Bundeswehr – Image – Werbung zulassen. Deshalb fordern wir: Kein Bundeswehr-Gottesdienst auf dem Ökumenischen Kirchentag 2021! – Keine Beteiligung eines Militärmusikkorps! – Keine Image-Werbung der Bundeswehr!“

Na bitte, geht doch! Gut – es handelt sich hier nicht um eine schulische, sondern um kirchliche Veranstaltung.

WILLI BARTELS
HARTMUT RING
Mitglieder des

GEW-Friedensausschusses

„Peace begins with an inner smile.“

Anlass des von den Kollegen verfassten Artikels war eine Anfrage des Landesinstituts für Lehrerbildung (LI), ob wir als GEW eine Podiumsteilnehmende für eine Pro/Contra-Diskussion mit einem Vertreter der Bundeswehr zum Thema „Wir.Dienen.Deutschland?“ (das ist das Bundeswehr-Werbemotto) stellen können. Wir haben bei unserem Ausschuss für Friedenserziehung nachgefragt, ob jemand das machen würde. Dies wurde leider mit dem Verweis, dass es sich um eine Werbeveranstaltung handelt, abgelehnt. Wir Vorsitzenden kamen zu der Einschätzung, dass es sich um eine gleichberechtigte und kontroverse Veranstaltung handelt und sich die GEW natürlich gerne der Debatte stellt.

Wir haben diese verschiedene Wahrnehmung mit Vertretern des Ausschuss für Friedenserziehung im Geschäftsführenden Ausschuss (GA) diskutiert, der ebenfalls zur Einschätzung kam, dass es sich um eine „kontroverse Diskussionsveranstaltung handelt und nicht um eine Werbeveranstaltung“ (Beschluss) und daher nichts dagegen spreche, bei diesem Anlass als GEW unsere bundeswehrkritische Position zu vertreten.

Die Frage, ob und in welchem Rahmen wir mit der Bundeswehr reden, kann natürlich jederzeit diskutiert werden. Unser aktuelles und vom GA bestätigtes Handeln entspricht der aktuellen Beschlusslage und Praxis der GEW in Hamburg und bundesweit und ist wie alles – änderbar.

Noch eine Anmerkungen zum Artikel:

Der GA hat den Vorschlag, dies beim Landesvorstand zu diskutieren, nicht abgelehnt, sondern darauf verwiesen, dass die Veranstaltung dann wohl schon gelaufen sei, was aber in Corona-Zeiten unsicher ist... Die Diskussion, ob und in welchem Rahmen wir mit der Bundeswehr reden, kann immer und gerne geführt werden.

VORSITZENDE DER GEW HAMBURG